

Kleines Wirtschaftslexikon

ARABISCHER SEKTOR

Bild nur in
Printausgabe verfügbar

→ Eine der Kernfragen für Israels Wirtschaftsfähigkeit bleibt die nach einer besseren Eingliederung der arabischen Bevölkerung ins Berufsleben. Immerhin: Die Regierung hat das Problem erkannt und ein Förderprogramm aufgelegt.

Kann die israelische Wirtschaft weiter wachsen? Zentralbankchefin Karnit Flug kommt zu einem ernüchternden Schluss: Nein – nicht, wenn es so weitergeht wie bisher. Nur wenn es gelingt, die arabische Minderheit besser in den Arbeitsmarkt zu integrieren, kann die Start-up-Nation ihre Produktivität halten oder steigern. Die Rechnung ist einfach: Die israelischen

Araber – 20 Prozent aller Staatsbürger – und die ultraorthodoxen Juden – rund 10 Prozent – sind die am stärksten wachsenden Bevölkerungsteile. Gleichzeitig sind sie die Sorgenkinder: Es arbeiten zu wenige arabische Frauen und ultraorthodoxe Männer. Bei letzteren werden bereits seit geraumer Zeit mehr Druck ausgeübt und Förderprogramme aufgelegt. Bei

der arabischen Minderheit ist das Problem sowohl komplexer als auch dringlicher, weil sie die größere Gruppe ist.

Bei jüdischen und arabischen Männern ist die Beschäftigungsrate in etwa gleich. Auch die arabischen Christinnen und Drusinnen sind vergleichsweise gut in den Arbeitsmarkt integriert. Von den muslimischen Frauen im erwerbsfähigen Alter gehen dagegen nur 17 Prozent einer Beschäftigung nach. Wenn hier keine Trendwende gelingt, warnen Ökonomen, wird das die Wirtschaftskraft Israels schwächen, die Steuereinnahmen verringern und damit in letzter Konsequenz auch die Verteidigungsfähigkeit des Landes beeinflussen.

Die Regierung will dem Trend nicht tatenlos zusehen. Ministerpräsident Benjamin Netanjahu ist zwar vor allem für seine Rechtsaußen-Regierung bekannt und dafür, ein in Washington, Brüssel und Berlin eher unbeliebter Gesprächspartner zu sein. Doch in der Welt der Ökonomen wird der Likud-Chef als Politiker geschätzt, der wesentlich dazu beigetragen hat, dass Israel heute wirtschaftlich so gut dasteht. Es dürfte deshalb kein Zufall sein, dass die Netanjahu-Regierung ein Förderprogramm in Höhe von zwei Milliarden Euro für die kommenden fünf Jahre aufgelegt hat, um den „arabischen Sektor“ zu entwickeln.

Die Gründe für die höhere Arbeitslosigkeit und größere Armut unter israelischen Arabern sind vielfältig. Einer davon sind kulturelle Vorbehalte gegen arbeitende Frauen, doch es ist nicht der einzige. Oft fehlt es schlicht an Kinderbetreuung oder der Möglichkeit, überhaupt einen Arbeitsplatz zu erreichen. Der öffentliche Nahverkehr ist gerade in ländlichen Gegenden mit vielen arabischen

Dörfern, etwa in Galiläa, nur rudimentär ausgebaut.

Auch im Bildungsbereich schneiden arabische Israelis nicht gut ab; ihre Schulen sind schlechter ausgestattet und erreichen nicht das Niveau einer israelischen Durchschnittsschule. Mit der Folge, dass weniger arabische Schüler den Aufnahmetest für die Universität schaffen. „Wenn Kinder nicht das nötige Handwerkzeug lernen, ist es kein Wunder, dass sie in einer modernen Wettbewerbswirtschaft nicht bestehen“, analysiert Dan Ben-David vom Forschungszentrum Shores Institution.

Hinzu kommt eine strukturelle Diskriminierung der arabischen Minderheit. Auch wenn sie israelische Araber genannt werden, sind sie letztlich doch Palästinenser mit israelischen Pässen – verwoben, verwandt und emotional verbunden mit der Bevölkerung in den besetzten Gebieten. Arbeitgeber bringen ihnen nicht selten Misstrauen entgegen und halten sie für ein Sicherheitsrisiko.

Da sie vom Militärdienst befreit sind, fehlen israelischen Arabern die Privilegien, die damit einhergehen: Sicherheitsfreigabe für viele Jobs, Förderprogramme, Ausbildungsmöglichkeiten und auch die Kontakte, die in dieser Zeit unter den jungen Erwachsenen geknüpft werden und die oft ein Leben lang bestehen bleiben.

Eine wachsende Zahl junger israelischer Araber meldet sich deshalb freiwillig zum Armeedienst. Aber das betrifft nur einige 100 Menschen, denn in der arabischen Gesellschaft wird dieser Schritt nicht akzeptiert. Für eine bessere Integration in den Arbeitsmarkt müssen sich Regierung und Wirtschaftswissenschaftler andere Lösungen überlegen. Silke Mertins

BOYKOTT UND SANKTIONEN

Bild nur in Printausgabe verfügbar

→ *Um die Rechte der Palästinenser in den besetzten Gebieten zu verteidigen, hat sich vor elf Jahren eine palästinensische Boykott-Bewegung formiert. Doch geht es ihr nicht in Wahrheit um andere Dinge? Nicht nur in Brüssel und Berlin ist man skeptisch.*

Kauft nicht bei Israelis – das ist die zentrale Botschaft der Kampagne „Boycott, Divestment, and Sanctions“ (BDS). Gegründet wurde sie 2005 von rund 170 palästinensischen Organisationen, doch BDS wird inzwischen auch von einer ganzen Reihe von Universitäten, Institutionen und Prominenten überall in Europa und den USA unterstützt. Zu den prominenten Befürwortern gehören zum Beispiel die Globalisierungskritikerin Naomi Klein oder die amerikanische Schriftstellerin Alice Walker.

Vordergründig setzten sich die Aktivisten für die Rechte der Palästinenser in den von Israel besetzten Gebieten ein. Doch meist geht es darum, Israel als Staat die Daseinsberechtigung abzuspochen. Denn boykottiert werden soll nicht nur das, was aus den jüdischen Siedlungen im palästinensischen Westjordanland stammt, sondern schlichtweg alles Israelische: Waren, Dienstleistungen, politische Kooperationen und sogar akademischer oder kultureller Austausch.

Die Ablehnung ist allumfassend, Druck aber soll vor allem ökonomisch entstehen. Groß gefeiert wurde in der BDS-Community deshalb, dass das Unternehmen SodaStream 2015 von Ma'ale Adumim, einer Siedlung am Rande Jerusalems, ins israelische Kernland umgezogen ist – in die Wüste Negev.

Doch der vermeintliche Erfolg macht tatsächlich deutlich, wie schwierig es für die Kampagne ist, konkrete Boykott-Objekte zu finden. Israel stellt kaum Produkte her, die international direkt an den Endverbraucher verkauft werden. Die berühmten Jaffa-Orangen, israelische Weine oder eben der auch in Deutschland inzwischen sehr populäre Trinkwassersprudler SodaStream sind da eher die Ausnahmen.

Gemessen am BIP spielen solche Waren nur eine geringe Rolle. Über 95 Prozent der israelischen Exporte sind Business-to-Business-Geschäfte, meist aus dem IT-Bereich. In der Kampagne tauchen deshalb immer

nur dieselben Boykott-Produkte auf: Ahava (Kosmetik vom Toten Meer), der Hummus-Hersteller Sabra und eben SodaStream.

Zum Zweiten schadet BDS oft denjenigen, denen doch eigentlich geholfen werden soll. 600 Palästinenser waren in der Produktionsstätte von SodaStream in Ma'ale Adumim beschäftigt und hatten sich ausdrücklich gegen die BDS-Kampagne ausgesprochen. Sie hatten bei SodaStream zu Löhnen gearbeitet, die drei bis vier Mal so hoch waren wie bei palästinensischen Arbeitgebern. Mit der Verlegung haben die meisten ihren Job verloren. Selbst die Palästinensische Autonomiebehörde kritisiert, dass die palästinensischen Unternehmen im Vergleich zu den israelischen in den Siedlungen zu wenig bezahlen und meist gänzlich auf Sozialleistungen verzichten.

Drittens hat BDS keine messbaren Auswirkungen auf die israelische Wirtschaft. Zwar haben sich vereinzelt europäische Unternehmen zurückgezogen – ein schwedischer und ein holländischer Pensionsfonds etwa oder das französische Unternehmen Orange. Nach einem Bericht des israelischen Finanzministeriums und einer Studie der Rand Corp. sind die Auswirkungen der BDS-Bewegung aber insgesamt kaum messbar.

Die meisten internationalen Unternehmen zeigen sich nicht nur unbeeindruckt. Nicht wenige haben ihre Kooperationen sogar ausgeweitet, insbesondere im IT-Sektor. Kein großer Konzern kann es sich leisten, auf die Neuentwicklungen der boomenden Start-up-Szene in Israel zu verzichten. Selbst BDS-Wortführer dürften im Regelfall israelische Technik in ihren Smartphones, PCs oder Apps

nutzen, auch wenn sie sich dessen oftmals gar nicht bewusst sind.

Dennoch bleibt die Kampagne nicht ohne Auswirkungen, denn sie schadet dem israelischen Image. Kein Wunder, dass die Behörden in wachsendem Maße empfindlich reagieren und zuletzt massiv versucht haben, die Aktivitäten der BDS-Bewegung einzuschränken. Grund ist unter anderem, dass die EU die Kennzeichnungspflicht für Produkte aus den Siedlungen eingeführt hat. Manche Wirtschaftsvertreter fürchten eine Kettenreaktion auch für Waren, die überhaupt nicht aus den Siedlungen stammen, weil die BDS-Bewegung alles vermischt und beständig Parallelen zum Apartheid-Boykott zieht.

Einzelhändler und Verbraucher können das alles oft nicht mehr auseinanderhalten. Die EU verlangt nun also nach jahrelanger Diskussion, dass die Produkte aus den jüdischen Siedlungen nicht mehr das Label „Made in Israel“ tragen dürfen, da sie völkerrechtlich nicht zu Israel gehören. Sie fallen damit nicht unter das EU-Assoziierungsabkommen, das eine zollfreie Einfuhr vieler Produkte umfasst.

Mit einem Boykott hat die Kennzeichnungspflicht rein gar nichts zu tun. Dennoch nahm das Berliner Kaufhaus KaDeWe im vergangenen Herbst sofort Produkte aus Siedlungen aus den Regalen – so als dürfe man sie nun nicht mehr verkaufen.

Doch Brüssel, Berlin und auch andere Akteure distanzieren sich ausdrücklich von den Boykotteuren. Frederik Willem de Klerk, der zusammen mit Nelson Mandela für die Abschaffung der Rassentrennung den Friedensnobelpreis erhielt, verurteilte BDS ebenfalls. Der Vergleich mit Südafrika sei „abscheulich“. Silke Mertins

FLUSS-STERBEN

→ Wenn heute gemeldet wird, dass Israel wieder sauberes Frischwasser in den Jordan leite, dann freut das nicht nur die Pilger; es könnte ein Wendepunkt sein. Umweltschutz spielte in einem Land, das um sein Leben kämpfte, lange nur eine Nebenrolle.

Tausende Pilger besuchen jährlich Qasr al-Yahud, die Furt im Jordanfluss, in der laut der Überlieferung Johannes der Täufer einst Jesu gesegnet haben und der Prophet Elias in den Himmel aufgestiegen sein soll. Voller Ehrfurcht füllen sie ihre Flaschen mit dem Heiligen Wasser oder tauchen selbst in das kühle Nass ein. Davon raten Experten ab: die braun-grüne Soße, die hier in einem knapp acht Meter breiten Streifen zwischen Schilf und Palmen steht, hat mit Flusswasser nichts zu tun.

Den Jordan, einst der mächtigste Fluss des Heiligen Landes, gibt es im Prinzip nicht mehr. Seit den sechziger Jahren pumpen seine Anrainer alle Quellwasser ab und Abwasser hinein. Der Jordan ist ein Paradebeispiel für das Schicksal fast aller Flüsse Israels: Man kann hier zwar bedenkenlos aus dem Wasserhahn trinken, doch in den Flüssen sollte man nicht baden.

Nicht viel besser sieht es in Bezug auf die Sauberkeit der Luft aus. Laut einer WHO-Studie aus dem Jahr

2014 gehören Israels Städte weltweit zu den zwölf meistverschmutzten Metropolen. Ein Bericht des Staatskontrolleurs hielt fest, dass Israels Industrie und das Umweltschutzministerium viel zu lax mit gefährlichen Substanzen umgehen. Umweltschutz spielte nun einmal in diesem Land, das ständig um sein Überleben kämpfte, nur eine Nebenrolle.

Dabei erbrachte Israel Pionierleistungen: 83 Prozent der Haushalte heizen Wasser mit Sonnenenergie, 92 Prozent des Wassers werden recycelt und 75 Prozent für die Landwirtschaft benutzt – Weltspitze. Außerdem wurden hier in den vergangenen 50 Jahren mehr als 260 Millionen Bäume angepflanzt, was Israel zum einzigen Land der Erde macht, das die Wüste zurückdrängt.

Langsam wächst endlich auch der Anspruch, von einer sauberen Natur umgeben zu sein. Und so will die Regierung nicht nur Strände und Luft säubern, sondern auch Israels Flüsse rehabilitieren. Unlängst wurde bei

diesen Anstrengungen sogar ein Meilenstein gelegt: Zum ersten Mal seit Jahrzehnten leitet Israel auch wieder

sauberes Frischwasser in den Jordan – worüber sich nicht nur Pilger freuen dürften. Gil Yaron

HIGHTECH AUF DEM ACKER

Bild nur in
Printausgabe verfügbar

→ Keine andere Innovation hat die Landwirtschaft so revolutioniert wie die Tröpfchenbewässerung. Entwickelt wurde sie in Israel – nicht die einzige Erfindung, dank derer das

Es war in den dreißiger Jahren des vergangenen Jahrhunderts, als sich Simcha Blass, ein aus Polen stammender Ingenieur, ins Erdreich grub, um herauszufinden, warum ein großer Baum völlig ohne Wasser auskommen schien. Es stellte sich heraus, dass durch ein kleines Wasserleitungsleck die Wurzeln stetig mit kleinen Mengen versorgt wurden. Später entwickelte Blass Schläuche, die genau dies auch gezielt auf dem Feld tun konnten: für eine gering dosierte und damit sehr sparsame Zufuhr von Wasser über einen längeren Zeitraum sorgen.

Blass gründete 1965 mit dem Kibbuz Hazerim als Investor das Unternehmen Netafim Irrigation Company. Der zionistische Traum, die Wüste zum Blühen zu bringen, ließ sich mit dieser Innovation nun in die Tat

umsetzen. Darüber hinaus entwickelte sich die Tröpfchenbewässerung auch zu einer internationalen Erfolgsgeschichte. Netafim beschäftigt heute 4000 Menschen, produziert an 16 Standorten weltweit und generiert sagenhafte 800 Millionen Dollar Umsatz pro Jahr.

Zu den Vorteilen der Tröpfchenbewässerung gehört nicht nur der geringe Wasserverbrauch, sondern auch, dass auf diese Weise Düngemittel viel effektiver eingesetzt werden können. Netafim entwickelt das System weiter, vor allem mit dem Ziel, dass es auch bei geringem Wasserdruck funktioniert. Auf diese Weise wäre es für Entwicklungsländer, wo oft wegen der schlechten Infrastruktur der Wasserdruck in den Leitungen gering ist, besser einsetzbar.

Die Tröpfchenbewässerung ist allerdings nicht die einzige Entwicklung, die aus Israel einen der wichtigsten Agrarexporteure für den europäischen Markt gemacht hat. Seit Jahrzehnten wird viel Geld in die Forschung und Entwicklung von Agrartechnologien gesteckt. Die Entwicklungen reichen von dürre- und krankheitsresistenten Samen über ertragreichere Obstsorten und neue Wasserrecycling-Methoden bis hin zu effektiveren und gesünderen Düngern. In jüngster Zeit wird zudem viel Energie in Innovationen für die ökologische Landwirtschaft gesteckt, die nicht nur in Israel als Zukunftsmarkt gilt.

Die agrartechnologische Führungsrolle lohnt sich für Israel auch politisch. Zur Messe AgriTech in Israel reisten 2015 allein über 40 Landwirtschaftsminister an. Besonders eng kooperiert Jerusalem mit Indien. Auf dem Subkontinent müssen über eine Milliarde Menschen ernährt werden. „Wenn man in eine entlegene Gegend von Indien fährt“, sagte Daniel Carmon, Israels Botschafter in Neu-Delhi in einem Interview, „und dann von den Farmern hört, was die israelischen Agrartechnologien und die Experten bei ihnen bewirkt haben, dann wird einem erst klar, dass man wirklich etwas verändern kann.“ Silke Mertins

INFRASTRUKTUR

Bild nur in
Printausgabe verfügbar

→ Jaffa – Jerusalem in weniger als einer halben Stunde: Seit der britischen Mandatszeit ist Israels Schienen- und Straßennetz rasant ausgebaut worden. Jede Menge Nachholbedarf hat man dagegen noch beim öffentlichen Nahverkehr und bei den Seehäfen.

Als am 22. September 1866 eine Gruppe von 157 Mormonen aus Amerika in Jaffa an Land ging, hatten ihre Mitglieder sich ausgezeichnet auf die Umsiedlung ins Heilige Land vorbereitet – meinten sie. Sie brachten nicht nur vorgefertigte Häuser mit, sondern

auch Dinge, die sich als völlig überflüssig erweisen sollten: etwa eine Kutsche. Dass es Ende des 19. Jahrhunderts in Palästina keine einzige Straße gab, die man mit einem Gespann hätte passieren können, lag außerhalb ihrer Vorstellungskraft. Für

die 60 Kilometer lange Strecke von Jaffa nach Jerusalem brauchte man nicht weniger als drei Tage.

Schon 2017 wird diese Reise dank einer neuen Bahntrasse nur noch 28 Minuten dauern. Seit der britischen Mandatszeit hat Israels Infrastruktur eine rasante Entwicklung durchgemacht. Den internationalen Vergleich muss man laut einem Bericht der israelischen Staatsbank von 2015 nicht mehr scheuen: Die Länge der Bahngleise oder Autobahnen (insgesamt 16 000 Kilometer) pro Kopf oder Quadratkilometer Oberfläche liegt im Durchschnitt der OECD.

Die Regierung verwirklichte mit dem BOT-Prinzip (build-operate-transfer – ein privater Investor baut die Infrastruktur, der Staat garantiert ihm jährliche Einnahmen, später geht

die Einrichtung in Staatshand über) wichtige nationale Projekte wie den Trans-Israel Highway, Tunnel oder große Wasserentsalzungsanlagen.

Über Israels Seehäfen fällt die Staatsbank indes ein hartes Urteil: Zwar gibt es die in ausreichender Zahl und Größe, doch ihre Qualität liege weit unter internationalem Niveau. Auch beim öffentlichen Transport bildet Israel ein Schlusslicht der OECD. Diesen Zustand wollen Städte wie Tel Aviv und Jerusalem durch den Bau eines Straßen- und U-Bahnnetzes beheben. Die Staus lassen den gesprächsfreudigen Israelis viel Zeit, um ihre Bekannten anzurufen: Zumindest in der Telekommunikation brilliert man mit einem voll digitalisierten Telefonnetz und einer hohen Verbreitung von Handys. Gil Yaron

KIBBUZ UND KAPITALISMUS

Bild nur in
Printausgabe verfügbar

→ Ein größerer Gegensatz als Kibbuz und Kapitalismus schien früher kaum denkbar. Vor über 100 Jahren als sozialistische Alternative gegründet, haben die israelischen Landkommunen längst den Markt für sich entdeckt.

Eine Gemeinschaft von Gleichen, die auf Privatbesitz und Privilegien zum Wohle aller verzichtet: In seiner

Frühzeit war der Kibbuz der Inbegriff linker und zugleich zionistischer Pionierarbeit. In der Erde zu wühlen,

selbst das anzubauen, was auf den Tisch kommt, und in der Freizeit mit einer Ausgabe von „Das Kapital“ zwischen Kühen, Hühnern und Olivenbäumen umherzustreifen – das entsprach dem Ideal.

Tatsächlich produzieren die Kibbuzim heute noch rund 40 Prozent der landwirtschaftlichen Erzeugnisse Israels, obwohl sie nur 2 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Doch mit einem sozialistischen Kollektiv haben die allermeisten nur noch wenig zu tun. Der Kapitalismus hat die Kibbuz-Bewegung auf dreifache Weise erobert: Zum einen sind die Kibbuzim selbst Arbeitgeber geworden. Die Felder werden heute meist von thailändischen Arbeitsmigranten bestellt. Zum zweiten haben die meisten inzwischen eine Privatisierung durchgeführt. Und drittens haben viele Kibbuzim Unternehmen gegründet und sind damit teilweise recht erfolgreiche Kapitalisten geworden – manche sogar Millionäre.

Ausgangspunkt des Wandels war der Aufstieg des konservativen Likud in den siebziger Jahren, der die überproportionale Subventionierung der Kibbuzim beendete. Die Kollektive stellten nun fest, dass sie „edle Bauern“ sein mochten, die sich als Elite verstanden – pleite waren sie dennoch.

Viele versuchten es daraufhin mit kleinen Industriebetrieben, etwa in der Lebensmittelverarbeitung, oder sie bauten Ferienunterkünfte, um an ausländischen Touristen oder gestressten Städtern zu verdienen. Doch weil sie von Management und Märkten zu wenig verstanden, stürzten viele Gemeinschaften noch tiefer in den Abgrund. 1985 war die Schuldenkrise so dramatisch, dass der Staat mit einem Bail-out eingreifen musste, um den wirtschaftlichen Kollaps abzuwenden.

Doch der Trend zu kleinen Industriebetrieben hat sich fortgesetzt. In der Kibbuz Industries Association (KIA) sind heute über 250 Betriebe organisiert. Bei aktuell rund 270 Kibbuzim in Israel heißt das: fast jeder Kibbuz hat eine Produktionsstätte aufgebaut. 22 dieser Firmen sind sogar an die Börse gegangen. Die Kibbuz-Unternehmen erwirtschaften sieben Milliarden Euro im Jahr, das entspricht rund 10 Prozent der Industrieproduktion.

Bei einigen passt Kibbuz und Kapitalismus sogar besonders gut zusammen. Kibbuz Sdot Yam etwa stellt aus Quarzstein edle Oberflächen für Luxusküchen und Bäder her – weltweit sehr begehrt. Neben sehr üppigen Profiten spülte 2012 allein der Börsengang von Caesarstone rund 144 Millionen Euro in die Kibbuzkasse. Eine überwältigende Summe für eine Gemeinschaft von ein paar hundert Bewohnern.

Viele andere Kibbuzim haben in IT-Unternehmen investiert, entwickeln entweder selbst oder haben ihre Ställe umgebaut, um Start-ups unterzubringen und zu fördern. Einige dieser wirtschaftlich erfolgreichen Gemeinschaften können es sich deshalb leisten, weiter als Kollektiv zu bestehen. Doch die große Mehrheit zahlt keine gleichen Löhne mehr, und die Häuser gehören inzwischen den Mitgliedern, die für ihren Lebensunterhalt selbst verantwortlich sind.

Dennoch ist ein Kibbuz auch heute kein Ort wie jeder andere. Er sei „weder eine Kommune, noch eine Kooperative und ganz sicher kein Unternehmen“, so Shlomo Getz vom Institute for Research of the Kibbuz an der Universität in Haifa. „Man kann es vielmehr als einen einzigartigen Lebensstil ansehen.“ Silke Mertins

MIGRATION

Bild nur in Printausgabe verfügbar

→ Zunächst aus der Not geboren, hat sich aus der Anwerbung von Arbeitskräften aus Asien eine eigene Subkultur mit Kirchen, Kindergärten und Geschäften entwickelt. Doch die Verhältnisse, in denen die Migranten leben und arbeiten, geben oft Anlass zur Kritik.

Die Selbstmordattentate palästinensischer Terroristen in den neunziger Jahren zerstörten nicht nur Menschenleben und warfen den Friedensprozess zurück. Sie hatten auch für die in Israel arbeitenden Palästinenser dramatische Folgen. Da das Westjordanland und der Gazastreifen wegen der Sicherheitslage immer wieder abgeriegelt wurden, fehlten Israels Wirtschaft an die 100 000 Arbeitskräfte. Und weil kein rasches Ende der Gewalt abzusehen war, ließ die Regierung mehr Arbeitsmigranten aus Asien ins Land, vorwiegend aus Thailand.

Zuerst reagierten die Arbeitgeber widerwillig. Man wollte die Palästinenser zurück, denen sich Israelis trotz allem kulturell näher fühlen. Mittlerweile aber hat man sich nicht nur an die fremden Gastarbeiter gewöhnt – die meisten sind ganz zufrieden mit der jetzigen Lösung. Denn egal wie schwierig die Sicherheitslage ist – die jungen Thailänder bearbeiten stoisch die Felder oder fahren zur Baustelle.

Da viele von ihnen vorab erhebliche Vermittlungsgebühren bezahlen müssen und zudem ihre Rechte als Arbeitnehmer kaum kennen, beschwert sich selten einer über Löhne, Arbeitszeiten oder Unterbringung. Die Hilfsorganisation Kav LaOved (Hotline für Arbeiter), die früher Palästinenser betreut hat, kümmert sich inzwischen fast nur noch um die rund 25 000 Thais und ihre Nöte.

Auch Human Rights Watch bemängelt, dass die Gastarbeiter kaum geschützt würden und nur sehr schwer ihren Arbeitgeber wechseln könnten. Sie seien oft unwürdig untergebracht, bekämen nicht den zugesagten Mindestlohn oder freie Tage. Die israelischen Gesetze seien zwar auf dem Papier ausreichend, würden jedoch kaum durchgesetzt.

Inzwischen werden asiatische Gastarbeiter außerdem nicht nur in der Land- und Bauwirtschaft eingesetzt, sondern auch und in noch weit größerem Umfang im Pflegebereich. Ähnlich wie in Deutschland wün-

schen sich auch viele Israelis immer häufiger, dass ihre alten und kranken Angehörigen so lange wie möglich zuhause gepflegt werden. Oft ist dafür eine Betreuung rund um die Uhr nötig. Finanzierbar ist das nur mit Arbeitsmigranten, die diese Aufgabe für den Mindestlohn von knapp 1200 Euro pro Monat übernehmen. Diese „Caretaker“ kommen von den Philippinen, aus Südindien, aus Sri Lanka.

Dass gebrechliche Herren mit ihrem philippinischen Pfleger im Café sitzen oder junge Frauen Rollstühle durch den Park schieben, gehört mittlerweile zum Straßenbild in Isra-

el. Auf 60 000 Menschen ist das Pflegepersonal, rund 80 Prozent Frauen, schon angewachsen.

Israel begrenzt den Aufenthalt der Gastarbeiter auf vier Jahre und drei Monate. Teil der Gesellschaft sollen sie auf keinen Fall werden. Doch meistens verschwinden Migranten nicht einfach wieder spurlos. Schon jetzt gibt es Tausende Asiaten, die nach Ablauf ihrer Visa einfach in Israel geblieben sind. Längst ist eine Subkultur mit eigenen Kirchen, Kindergärten und Einkaufsmöglichkeiten entstanden. Den meisten Israelis ist es nur noch nicht richtig aufgefallen. Silke Mertins

RÜSTUNGSINDUSTRIE

Bild nur in
Printausgabe verfügbar

→ Israels Waffenschmieden beschäftigen mehr als ein Fünftel der Arbeitnehmer im Industriesektor. Ihre kriegserprobten Produkte sind Exportschlager. Und nicht selten ebnet das auch israelischen Diplomaten den Weg in andere Hauptstädte.

Der Kinderspielplatz „Gan Taas“ im Tel Aviver Vorort Givataim hat nichts Idyllisches an sich. Graues Feldgeschütz im Sandkasten, ein Mörser neben der roten Kinderschaukel, ein mit Maschinenpistolen und Granaten geschmücktes Haus: Pädagogik weicht hier der Geschichte. Das Areal hat

eine zentrale historische Bedeutung – ab 1933 stellten hier zwei Angestellte im Auftrag der jüdischen Selbstverteidigungsorganisation Haganah – dem Vorgänger der israelischen Armee – täglich rund 350 Handgranaten her. Es war die erste Waffenschmiede Israels. Die heimliche Zwei-Mann Fabrik

der britischen Mandatszeit hat sich zu einem der wichtigsten Arbeitgeber des Landes und größten Waffenhersteller der Welt gemausert.

Israels Rüstungsindustrie beschäftigt heute rund 60 000 Menschen – mehr als ein Fünftel der Arbeitnehmer im Industriesektor. Ihre kriegserprobten Produkte sind Exportschlager: 6784 vom Verteidigungsministerium lizenzierte Waffenexporteure (Stand 2012) machten im Jahr 2015 Umsätze von 5,7 Milliarden Dollar. Damit erwirtschaften sie rund 300 Dollar pro Einwohner – die höchste Proportion weltweit. Die USA – der mit Abstand größte Waffenexporteur der Welt – kommen nur auf rund 90 Dollar pro Kopf.

Israels Rüstungsindustrie ist nicht nur einer der wichtigsten Devisen-

bringer und Arbeitgeber im Land. Der hohe Exportanteil (mehr als 80 Prozent der Produktion gehen ins Ausland, drei der 100 größten Waffenhersteller der Welt sind israelische Firmen) schafft Mittel für weitere Forschung und Entwicklung, die Israels militärischen Vorsprung gegenüber seinen Nachbarn erhalten.

Israel investiert 4,4 Prozent seines BIP in Forschung – mehr als jeder andere Staat. Laut einer Schätzung von Michael Brzoska (Universität Hamburg) haben 30 Prozent der Forschung einen militärischen Fokus – 15 Mal mehr als in Deutschland. Die Exporte spielen für das isolierte Land nebenher eine weitere Rolle: Nicht selten ebnet die Lieferung begehrter Waffen auch israelischen Diplomaten den Weg in andere Hauptstädte. Gil Yaron

SIEDLUNGEN

Bild nur in
Printausgabe verfügbar

→ Rund 500 000 Israelis leben im Westjordanland in 237 Siedlungen, einem Gebiet, das bis 1967 von Jordanien besetzt wurde. Daneben hat Israel im Westjordanland und in Ostjerusalem 16 Industriezonen für 1000 Unternehmen errichtet. Mit welchen Folgen?

Rund 500 000 Israelis leben jenseits der grünen Linie im Westjordanland in insgesamt 237 Siedlungen – also in

einem Areal, das bis 1967 von Jordanien besetzt wurde und heute als „umstrittene“, „besetzte“ oder „Palästi-

nensergebiete“ bezeichnet wird. Die Präsenz der Siedler hat weitreichende wirtschaftliche Konsequenzen für Israelis wie für Palästinenser.

Außer den Gewerbegebieten innerhalb der Siedlungen hat Israel im Westjordanland und Ostjerusalem 16 Industriezonen errichtet, in denen sich rund 1000 Unternehmen angesiedelt haben. Für die Palästinenser ist die Anwesenheit der israelischen Betriebe ein zweischneidiges Schwert. Wie Anhänger der Siedlungsbewegung betonen, finden hier 36 000 Palästinenser Arbeit. Dort erhalten sie oft bis zu drei Mal bessere Löhne als in vergleichbaren Jobs in den autonomen Palästinensergebieten. Doch nicht immer ist das so. Laut der israelischen Organisation für Arbeiterrechte Kav LaOved zahlen rund die Hälfte der „Siedlerunternehmen“ ihren palästinensischen Arbeitern weniger als den israelischen Mindestlohn, oft nur zwei bis vier Euro pro Stunde. Da sie keinen israelischen Arbeitsschutz genießen, erhalten sie weder bezahlten Urlaub noch Rentenzahlungen, Sozialabgaben oder einen Lohnschein.

Gegner der Siedler und zahlreiche internationale Organisationen betrachten die staatlich stark subventionierten und unterstützten Siedlungsfabriken als gewaltiges Hindernis für die Entwicklung einer unabhängigen palästinensischen Wirtschaft. Zudem trügen sie dazu bei, die Präsenz der Siedler im Westjordanland zu zementieren. Human Rights Watch zufolge bearbeiten israelische Bauern im Westjordanland rund 9300 Hektar Land, die Industriezonen stehen auf insgesamt 1365 Hektar – das ist fast doppelt so viel wie die bebauete Fläche der Siedlungen selbst. Israelische Firmen werden von der Mili-

tärverwaltung begünstigt. So erhalten sie, anders als die Palästinenser, Genehmigungen für die Errichtung von Steinbrüchen. Allein dadurch verlieren die Palästinenser laut einer Schätzung der Weltbank etwa 200 Millionen Euro im Jahr. Die geht zudem davon aus, dass die palästinensische Wirtschaft durch die Besetzung Gesamtschäden in Höhe von etwa 3,4 Milliarden Dollar erleide – eine Einbuße von rund 35 Prozent des BIP.

Zugleich finden rund 56 000 Israelis in den Siedlungen Arbeit – 42 Prozent der dortigen Bevölkerung. Das ist ein bedeutender Anreiz, sich dauerhaft anzusiedeln. Die Steuerabgaben der Firmen machen einen erheblichen Anteil des Budgets der Siedlungen aus. Gleichzeitig kosten Fördergelder für die Siedlungen und Steueranreize, die die Regierung Israelis im Westjordanland gewährt, den Steuerzahler etwa 325 Millionen Euro im Jahr. Pro Kopf gibt die Regierung für Siedlungen ein Vielfaches dessen aus, was sie in andere Förderzonen im Kernland investiert. Inwieweit sich der Imageschaden, der durch die andauernde Besetzung verursacht wird, auf die Handelsbeziehungen auswirkt, ist indes nicht messbar. Dabei machen Produkte aus den Siedlungen nur 2 Prozent israelischer Exporte aus.

Es ist schwer, die gesamten Investitionen Israels in die Infrastruktur der Siedlungen zu quantifizieren. Doch genau das hat das Makro Zentrum für Politische Ökonomie in einer Studie im Jahr 2015 versucht. Demnach hat Israel seit 1967 rund zwölf Millionen Quadratmeter Straßen, Häuser und Fabriken gebaut. Damit standen hier doppelt so viele Immobilien wie im Jahr 1998. Die Studie schätzt ihren Gesamtwert auf umgerechnet 28 Mil-

liarden Euro. Dazu gehört auch strategisch bedeutsame Infrastruktur wie ein kurzer Abschnitt der Autobahn, die Tel Aviv mit Jerusalem verbindet, oder die neue Hochgeschwindigkeitsbahntrasse zwischen beiden Städten. Die Kosten und die politische wie wirtschaftliche Bedeutung dieser Projekte sind so gewaltig, dass es kaum vorstellbar ist, dass sie eines Tages den

Palästinensern zurückgegeben werden. Auch das bislang teuerste Bauprojekt in Israels Geschichte steht im Westjordanland und wurde deswegen von der Staatengemeinschaft scharf kritisiert: Die Barriere, die das Kernland vor Attentaten schützen soll, kostete Israels Steuerzahler mehr als eine Milliarde Euro, und sie ist bis heute nicht fertiggestellt. Gil Yaron

TOURISMUS

Bild nur in Printausgabe verfügbar

→ *Geschichte, Strände, Berge: Schon heute mit rund drei Millionen Besuchern jährlich ein wichtiger Wirtschaftszweig, soll der Fremdenverkehr künftig noch ausgebaut werden. vier bis fünf Millionen Besucher pro Jahr hält die Regierung für realistisch.*

Jahrzehnte, in denen die Klagemauer auf dem Umschlag fast jeden Buches über Israel erschien, haben zumindest eine Wirkung gehabt: Die 2000 Jahre alte Stützmauer des herodianischen Tempelkomplexes in Jerusalem ist die am meisten besuchte Touristenattraktion des Landes.

Dabei gäbe es in Israel weitaus mehr zu sehen als nur biblische Geschichte. Eingehrahmt von den Stränden im Westen, dem gesunden Klima rund ums Tote Meer im Osten, dem blauen Himmel über dem Roten Meer

bei Eilat im Süden und den schneebedeckten Hängen des Hermon-Berges im Norden bietet das Land von der Größe Hessens nicht nur fünf verschiedene Klimazonen, sondern auch gesellschaftliche Einflüsse aus aller Welt, Kultur auf höchstem Niveau, Abenteuer und kulinarische Genüsse. Oder, wie das Beratungsunternehmen Ernst & Young 2005 konstatierte: eine „sehr hohe Erlebnisdichte“.

Rund 3,1 Millionen Ausländer besuchten das Heilige Land 2015 – ein leichter Rückgang gegenüber dem

Vorjahr. Das größte Kontingent stellen die Amerikaner (20 Prozent), vor Russen, Franzosen und Deutschen. Nur 22 Prozent betrachten die Reise nach Jerusalem als Pilgerfahrt, mehr als die Hälfte kommt, um mitten im Krisenherd Urlaub zu machen. Ein ähnlicher Proporz besucht das Land zum ersten Mal. Juden aus aller Welt stellen nur ein Viertel der Besucher im Land.

Schon heute ist der Tourismus ein wichtiger Wirtschaftszweig. Im ersten Halbjahr 2015 trug er rund 9,9 Milliarden Dollar zum Brutto-

sozialprodukt bei. Er schafft indirekt 7,9 Prozent aller Arbeitsplätze – insgesamt rund 275 000. Doch Jerusalem hegt die Hoffnung, diese Zahlen weiter zu steigern, auf mittelfristig vier bis fünf Millionen Besucher im Jahr. Zu diesem Zweck regt man den Bau weiterer Hotels an, denn in der Hochsaison reichen die 50 243 Zimmer in den landesweit 369 Hotels schlicht nicht mehr aus. Die sollen aber nicht mehr nur in Jerusalem entstehen; schließlich hat das Land außer der Klagemauer noch viel anderes zu bieten.

Gil Yaron

ULTRAORTHODOXE

Bild nur in
Printausgabe verfügbar

→ *Noch machen die Frommen nur 10 Prozent der israelischen Bevölkerung aus. Doch die Gemeinschaft der „Haredim“ wächst doppelt so schnell wie der nationale Durchschnitt. Höchste Zeit, sie ins Berufsleben zu integrieren.*

Für die ultraorthodoxen Juden in Israel zählt das Studium der heiligen Schriften weit mehr als das profane Arbeitsleben. Lediglich die Hälfte der Männer bei den Haredim – „denen, die (Gott) fürchten“ – geht überhaupt einer Berufstätigkeit nach. Und das gilt bereits als großer Erfolg staatlicher Bemühungen. Im Jahr 2003 war es sogar nur rund ein Drittel.

Diese Fortschritte reichen nach Meinung von Experten und Regierungsvertretern bei weitem nicht aus. Denn die geringe Erwerbsquote ist keineswegs nur ein großes soziales Problem. Allein 52 Prozent der Haredim leben unterhalb der Armutsgrenze. Die schlechte Integration der Ultraorthodoxen wird zu einem immer größeren Hemmnis für Israels Wirtschaft.

Noch machen die Frommen nur 10 Prozent der Bevölkerung aus. Die Haredim Community wächst allerdings doppelt so schnell wie der nationale Durchschnitt. Derzeit stellt sie bereits ein Viertel der Erstklässler – ein Ausblick auf die Zukunft. Je größer der ultraorthodoxe Anteil an der Gesamtbevölkerung wird, desto problematischer wird es, dass so viele von staatlichen Zuwendungen leben.

„Wenn es nur um 5 Prozent Bevölkerungsanteil geht, hat das noch keinen großen ökonomischen Einfluss“, sagt Gilad Malach vom Israeli Democracy Institute. „Aber wenn es 10 Prozent oder noch mehr sind, dann wirkt sich das auf die gesamte Wirtschaft aus.“ Malach hat errechnet, dass der wirtschaftliche Schaden schon jetzt zwölf Milliarden Schekel, etwa vier Milliarden Euro, pro Jahr beträgt. Andere Forscher befürchten sogar, dass das Wirtschaftswachstum derart gebremst werden könnte, dass am Ende Israels Sicherheit auf dem Spiel stünde. Denn nur eine starke Wirtschaft kann eine schlagkräftige Armee finanzieren.

Die israelische Regierung hat zwar eine ganze Reihe von Förderprogrammen aufgelegt. Sie subventioniert Unternehmen, die Arbeitsplätze für Ultraorthodoxe schaffen, und sie hat Ausbildungszentren und spezielle Abteilungen an den Colleges geschaffen, die ihren religiösen Bedürfnissen entgegenkommen. Doch das größte Hindernis ist nach wie vor das ultraorthodoxe Bildungssystem.

Wenn ein ultraorthodoxer Junge in Israel die Schule verlässt, dann hat er weder das Einmaleins gelernt noch jemals eine mathematische Gleichung gelöst. Er kann weder Englisch noch Geografie oder Biologie. Und das, ob-

wohl auch staatliche Mittel in diese Schulen fließen.

Auf den frommen Mädchenschulen sieht es ein wenig besser aus. Da die Frauen traditionell für den Brotterwerb zuständig sind, um ihren Gatten das religiöse Studium zu ermöglichen, lernen sie in der Schule in Maßen auch Weltliches. Ihre Erwerbsquote ist entsprechend höher: rund 70 Prozent. Doch meist sind es schlecht bezahlte Jobs im Bildungssektor der Community oder Hilfstätigkeiten in Teilzeit. Schließlich müssen sie sich neben der Arbeit um fünf bis zehn Kinder kümmern.

Die Integrationsprogramme zielen deshalb vor allem darauf, die Haredim fit für den qualifizierten und gut bezahlten Arbeitsmarkt zu machen. Für die ultraorthodoxen Frauen wurden wohnortnah Gewerbegebiete geschaffen, etwa in Modi'in Illit, wo die Arbeitsbedingungen auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten sind: Alles ist koscher; Frauen essen und arbeiten getrennt von den Männern. Sie können Stillpausen einlegen, pünktlich zum Ende der Kita Feierabend machen, und man hat sich selbst bei den Hightech-Projekten auf ihre häufigen Mutterschaftsurlaube eingestellt.

Viele der ultraorthodoxen Männer haben sich als besonders geeignet fürs Programmieren erwiesen. Zwar haben sie meist keinerlei mathematisches Vorwissen, doch sie können etwas, das für Nerds unentbehrlich ist: in komplexen Zusammenhängen denken und stundenlang konzentriert an einem Problem arbeiten. Wer die Disziplin aufbringt, den versäumten Stoff aufzuholen, hat exzellente Chancen: Nach Angaben des Arbeitsministeriums kommt auf fünf offene IT-Jobs nur ein Bewerber.

Silke Mertins